

## HINWEISGEBERSCHUTZ

Mehr Absicherung von  
Whistleblower:innen Seite 12

## INSOLVENZ

Fahrplan mit Betriebsrat,  
Gewerkschaft und AK Seite 16

## FAKTORY

Neues Zentrum für berufstätige  
Studierende Seite 18

Dein Fachwissen ist

# Aktuell

# TEUERUNG FRISST PENSIONEN

NEUZUGÄNGEN IN DIE PENSION DROHTEN SAFTIGE  
VERLUSTE. PROTESTE ZEIGEN ERSTE WIRKUNG.

## FAKTory

90.000

**studieren** an oder im unmittelbaren Umfeld der Universität Wien. Viele Student:innen arbeiten nebenbei. Das durchschnittliche Beschäftigungsmaß Studierender liegt bei 20,5 Stunden pro Woche. Mit der FAKTory ist die AK jetzt ganz in ihrer Nähe, wenn sie Rat brauchen.

### Impressum:

**Herausgeberin und Medieninhaberin:** Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

**Redaktionsteam:** Matthias Falter, Martina Fassler, Oliver Piller **Weitere Autor:innen dieser Ausgabe:** Renate Anderl, Theresa Goisauf, Heike Hausensteiner, Maximilian Walka, Florian Wenninger  
**Cartoon:** Philip Taucher

**Internet:** <http://wien.arbeiterkammer.at>  
**E-Mail:** [AKtuell@akwien.at](mailto:AKtuell@akwien.at)

**Bildredaktion, Layout, Grafik:** Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1 **Artdirection:** Reinhard Schön  
**Layout:** Jakob Fielhauer

**Hersteller:** Walstead Leykam Druck GmbH & CO KG, 7201 Neudörfel, Bickfordstraße 21 **Verlagsort:** Wien  
**Herstellungsort:** Neudörfel

**Offenlegung** gemäß Mediengesetz § 25: siehe [wien.arbeiterkammer.at/impressum](http://wien.arbeiterkammer.at/impressum) **Datenschutzerklärung:** [wien.arbeiterkammer.at/datenschutz](http://wien.arbeiterkammer.at/datenschutz)

Diese Zeitschrift wird auch an die Mitglieder und Ersatzmitglieder der Personalvertretungen im Bereich der Stadt Wien, des Wiener Gesundheitsverbundes und der Wiener Stadtwerke im Auftrag des Zentralausschusses der Personalvertretung der Bediensteten der Gemeinde Wien verschickt.



## Mehr Mitbestimmung in der Arbeitswelt



**Das AKtuell-Redaktionsteam: Oliver Piller, Martina Fassler und Matthias Falter (v.li.n.re.)**

### Liebe Leser:innen!

Die Teuerung macht auch vor dem Pensionssystem nicht halt. Wer in den Jahren 2023 bis 2025 in Pension geht, dem droh(t)en massive Einbußen bei der Pensionshöhe. Erst kurz vor Redaktionsschluss haben AK und ÖGB einen ersten Teilerfolg erreicht. Doch das ist nicht genug.

**W**ir thematisieren in der Coverstory das Problem. Die ungerechte Aliquotierung der Pensionsanpassung wird nun für zwei Jahre ausgesetzt. Sie hätte bewirkt, dass manche im Folgejahr des Pensionsantritts überhaupt keine Anpassung der Pension an die Teuerung erhalten hätten. Doch eine zweite Lücke bleibt bestehen.

Lange hat es auch gedauert, bis Österreich die EU-Whistleblower-Richtlinie in nationales Recht gegossen hat. AKtuell wirft einen kritischen Blick auf das, was dabei herausgekommen ist, das so genannte HinweisgeberInnenschutzgesetz.

### Auf dem Prüfstand

Ist ein Betriebsrat nicht mehr zeitgemäß? Immer wieder argumentieren Arbeitgeber so. Österreichs Beschäftigte sehen das radikal anders, 84 Prozent halten die betriebliche Interessenvertretung für wichtig. Weshalb das so ist und was die Beschäftigten als Kernaufgaben des Betriebsrats sehen, hat AKtuell beim Leitenden Sekretär des ÖGB, Willi Mernyi, nachgefragt.

**Dein Redaktionsteam**

Martina Fassler, Matthias Falter, Oliver Piller

# Inhalt



Foto: Markus Zähradnik

Neuzugängen in die Pension drohten Verluste **Seite 4**



Foto: Sebastian Philipp

Willi Mernyi zur Mitbestimmung **Seite 14**



Foto: Roman - stock.adobe.com

Insolvenz: Was für den Betriebsrat wichtig ist **Seite 18**

<b>4</b>	<b>Titelstory</b>	
	Teuerung frisst Pensionen	4
	Kommentar von AK Präsidentin Renate Anderl	7

<b>8</b>	<b>Weitblick</b>	
	Seminar: Aktuelles zum Pensionsrecht	8
	Jugendvertrauensrat: Auf Augenhöhe reden	9
	Buch: ABC des Unsozialen	10

<b>12</b>	<b>Recht klar</b>	
	Neues Gesetz: Üble Taten geschützt melden	12

<b>14</b>	<b>Mitbestimmen</b>	
	Interview: Betriebsrat auf dem Prüfstand	14
	Wenn die Firma insolvent ist	16
	Drei Fragen zum Insolvenzverfahren	17

<b>18</b>	<b>Dranbleiben</b>	
	Die FAKTory: Fakten für die Arbeitswelt	18
	Gesundheitsberuferegister	20
	Glosse: Das Problem mit „Expert:innen“	21
	Buchtipps: Zeitarbeit	22
	Cartoon: Das Pensionsloch	22
	Seminar: Aktuelles aus der EU	23
	Historie: Österreichischer Zustrom in die USA	23

✉ [AKtuell@akwien.at](mailto:AKtuell@akwien.at)  
🌐 [www.ak-aktuell.at](http://www.ak-aktuell.at)  
📌 [www.ak-aktuell.at/linkedin](https://www.ak-aktuell.at/linkedin)



## Romana braucht Sicherheit

Neuzugängen in die Pension drohten saftige Verluste. Die Regierung hat nun teilweise eingelenkt.

Text: Martina Fassler | Fotos: Markus Zahradnik

# TEUERUNG FRISST PENSIONEN

**A**ls wir Romana S., 62, zum Interview treffen, ist sie verunsichert. Die Angestellte wollte länger arbeiten, um eine „bessere Pension“ zu bekommen. Die Teuerung drohte ihr und hunderten Beschäftigten einen Strich durch die Rechnung zu machen. Denn die Regelungen zur Berechnung der Pensionshöhe sind nicht auf die hohe Teuerung ausgerichtet – und führen zu massiven Einbußen. Erst kurz vor Redaktionsschluss lenkte die Regierung aufgrund der Proteste von AK, ÖGB und anderen ein. Ein Teilerfolg für alle, die 2023 und 2024 in Pension gehen. Denn die Regierung hat angekündigt, eine der beiden Ursachen, die zu den hohen Einbußen für Neupensionist:innen führen, zu beheben. Doch die zweite Lücke bleibt voraussichtlich bestehen. AKtuell wird, sobald die neuen Bestimmungen bekannt sind, online über die neuen Regelungen informieren.

Medial heftig diskutiert wurde in den vergangenen Wochen die sogenannte „Aliquotierung“ der Pensionsanpassung. Die Regierung verspricht nun, diese Regelung für zwei Jahre auszusetzen, sodass alle Pensionen im Folgejahr des Antritts an die Teuerung angepasst werden. Kaum gehört haben die meisten dagegen von der zweiten Lücke im Pensionsrecht, die für Neupensionist:innen in Zeiten einer hohen Teuerung negative Folgen hat: die verzögerte Aufwertung der Konto-gutschrift im Pensionskonto. Beides zusammen hätten Einbußen von bis zu 13 Prozent ergeben.

## **Pensionen hinken Löhnen hinterher**

„Wir sammeln während der Erwerbstätigkeit auf unserem Pensionskonto unsere Pensionsgutschrift. Damit Pensionszeiten aus vergangenen Jahren ihren Wert behalten, werden sie verzinst“, erklärt Alexander Pasz, Jurist in der Abteilung Sozialversicherung der AK Wien. Der Faktor, mit dem das Pensionsguthaben aufgewertet wird, orientiert sich an der Lohnentwicklung. Die Aufwertung erfolgt aber um zwei Jahre verzögert. Das ist in Zeiten einer hohen Teuerung ein Problem. „Die Gewerkschaften haben für 2023 sehr gute Kollektivvertragsabschlüsse erzielt, dank derer die Einkommen der Beschäftigten um über acht Prozent steigen. Die Neupensionen 2023 werden aber mit der Einkommensentwicklung von 2020 auf 2021 aufgewertet, und die lag bei rund drei Prozent“, erklärt Alexander Pasz. Die Folge: Die neuen



„Die Regelungen gehören dauerhaft repariert. Wie haben Vorschläge dazu vorgelegt.“

Alexander Pasz ist Mitarbeiter der Abteilung Sozialversicherung der AK Wien.

Pensionen hinken der Lohnentwicklung hinterher. Die Verluste in Bezug auf die Kaufkraft betragen allein dadurch für alle Pensionsneuzugänge heuer 5,3 Prozent, im Jahr 2024 voraussichtlich sogar 7,7 Prozent und 2025 noch immer 4,2 Prozent.

Zusätzlich wären im Folgejahr nach Pensionsantritt viele um die Anhebung ihrer Pension umgefallen. Zurückzuführen ist das auf die Aliquotierung der Pensionsanpassung. Denn nur wer mit 1. Jänner in Pension geht, hätte nach der bisherigen Regelung Anspruch auf die volle Anpassung der Pension an die Teuerung im nächsten Jahr gehabt. Danach hätte sich die Anpassung Monat für Monat verringert. Wer im November oder Dezember 2023 in Pension geht, hätte im nächsten Jahr gar keine Anpassung bekommen. Hier hat die Regierung eingelenkt. Die gestaffelte Anpassung wird demnach für zwei Jahre ausgesetzt.

Alle Pensionen, die bis zum Ende 2024 zuerkannt werden, werden nun im Folgejahr nach Pensionsantritt voll an die Teuerung angepasst.

### Pensionsantritt gleicht Lotteriespiel

Mit ihrer Zusage, die Lücken im Pensionssystem teilweise zu reparieren, hat die Regierung lange zugewartet. Und viele Betroffene verunsichert. So auch Johanna M. Die Angestellte in einem Wiener Konzern ist selbst Betriebsrätin und Personalverrechnerin. Eigentlich wollte sie den Pensionsantritt aufschieben und 2024 mit 62 in Pension gehen. Da dies für sie zu hohen Einbußen bei der Pensionshöhe geführt hätte, hat sie kurzfristig heuer im Februar den Pensionsantrag gestellt. „Die Entscheidung glich einem Lotteriespiel. Das ärgert mich“, sagt sie.

Betroffen von den Einbußen durch die verzögerte Aufwertung der Kontoerstgutschrift sind alle Pensionsarten und -systeme der gesetzlichen Pensionsversicherung. Die nun ausgesetzte Aliquotierung der ersten Pensionsanpassung hätte besonders Frauen getroffen. Denn ab nächstem Jahr wird das Antritts-



### ÖGB-Info

### Das Pensionsantrittsalter für Frauen steigt

➔ [tinyurl.com/Pensionsantrittsalter](https://tinyurl.com/Pensionsantrittsalter)

## Pensionsantrittsalter Frauen – der Fahrplan zur Anhebung des gesetzlichen Antrittsalters

Jahrgang	Regelpensionsalter	Jahr Pensionsantritt
Ab 1.1.1964	60,5	1.7.2024–1.1.2025
Ab 1.7.1964	61	1.7.2025.–1.1.2026
Ab 1.1.1965	61,5	1.7.2026.–1.1.2027
Ab 1.7.1965	62	1.7.2027–1.1.2028
Ab 1.1.1966	62,5	1.7.2028.–1.1.2029
Ab 1.7.1966	63	1.7.2029.–1.1.2030
Ab 1.1.1967	63,5	1.7.2030–1.1.2031
Ab 1.7.1967	64	1.7.2031–1.1.2032
Ab 1.1.1968	64,5	1.7.2032–1.1.2033
Ab 1.7.1968	65	Ab 1.7.2033



Gesetzliches Antrittsalter für die Alterspension der Frauen. Für andere Pensionsarten (Schwerstarbeit, Langzeitversichertenregelung) gelten gesonderte Bestimmungen.



„Die Menschen brauchen Sicherheit. Längeres Arbeiten muss immer zu einer höheren Pension führen.“

**Dinah Djalinous-Glatz** leitet das ÖGB-Referat für Sozialversicherungspolitik.

alter der Frauen für die Alterspension schrittweise erhöht, bis es 2033 – so wie jenes der Männer – bei 65 Jahren liegt. Die Anhebung führt dazu, dass die allermeisten Frauen erst in der zweiten Jahreshälfte in Pension gehen können (siehe Tabelle).

### Erster Teilerfolg

„Weil sich die Pensionsantritte der Frauen auf die zweite Jahreshälfte konzentrieren werden, hätten viele Frauen im Folgejahr nur eine geringe oder gar keine Anpassung der Pension erhalten“, erklärt Dinah Djalinous-Glatz, Leiterin des Referats für Sozialversicherungspolitik im ÖGB. Die Forderung von ÖGB und AK, dass die Aliquotierung der Pensionsanpassung gestrichen werden soll und im Jahr nach Pensionsantritt alle die Teuerung voll abgegolten bekommen, hat die Regierung nun aufgegriffen. Allerdings nur befristet bis Ende 2024.

Die Aliquotierung der ersten Pensionsanpassung sollte jedoch gänzlich abgeschafft werden.

Eine Lösung braucht es dazu auch für die Aufwertung der Kontogutschrift. AK-Experte Alexander Pasz: „Wir haben auch dafür eine Lösung parat, konkret die Einführung einer Schutzklausel. Sie stellt sicher, dass die Kontogutschrift vor Pensionsantritt zumindest im Ausmaß der Inflationsrate aufgewertet wird. Pensionsverluste durch die Teuerung werden damit ausgeschaltet.“

Möglich wäre es also, auch diese Lücke in unserem Pensionssystem zu schließen. Aber wird die Politik das machen? Romana S. hofft es und wartet zu. □

## KOMMENTAR

### Gutes Leben für alle – auch in der Pension!

Von **Renate Anderl**

Viel ist jetzt wieder von Pensionen die Rede, für uns als Arbeiterkammer ist ganz klar: Wer ein Leben lang arbeitet, hat im Alter ein Recht auf eine Pension, die den Lebensstandard sichert. Das ist gerade mit der hohen Inflationsrate umso wichtiger. Denn die führt derzeit dazu, dass bei Pensionsantritten zwischen 2023 bis 2025 massive Verluste und dauerhafte Pensionskürzungen drohen. Die Verluste entstehen aus zwei Gründen: zum einen wegen der verzögerten Wertsicherung im Pensionskonto und zum anderen wegen der Aliquotierung der Pensionsanpassung. Letztere hat die Regierung nun für zwei Jahre ausgesetzt. Doch das ist nicht genug, wir fordern weitere Verbesserungen ein.

### Mängel rasch reparieren

Die Pensionskürzungen treffen jährlich rund 100.000 Menschen, viele davon Frauen. Die schrittweise Anhebung des Pensionsalters für Frauen bringt zwar Gleichstellung beim Eintrittsalter, die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für Frauen haben sich deswegen aber nicht verbessert: Wenn Frauen mangels Kinderbetreuungseinrichtungen Jahre oder gar Jahrzehnte in der Teilzeitfalle hängen, wird sich an niedrigen Einkommen und niedrigen Pensionen gar nichts ändern.

Die Pensionsverluste zu verhindern ist ganz einfach: Die Bundesregierung muss die aktuellen Bestimmungen dauerhaft korrigieren. Denn Arbeitnehmer:innen und Pensionist:innen zu belasten und die Reichen verschonen – das ist keine Politik für die Vielen.



### Zur Person

Renate Anderl ist Präsidentin der AK Wien und der Bundesarbeitskammer.

Foto: SebastianPhilipp

# Starke Schulter vor dem Ruhestand

■ Viele Beschäftigte wissen wenig über unser Pensionssystem. Laufend gibt es zudem Neuerungen. Umso wichtiger, dass sich der Betriebsrat beim Pensionsrecht gut auskennt.

**S**teuerbefreiung für Grundnahrungsmittel? Niedrigste Inflationsrate im EU-Vergleich? Erhöhung der Mindestpensionen um 15 Prozent, ein Plus von 8,5 Prozent für die restlichen Renten? Das spielt es derzeit nur in Spanien. Ein gegenteiliges Szenario liefert Österreich bei der Anti-Teuerungspolitik.

Nach langem Zögern zugesagt hat die Regierung nun die Abschaffung

der ungerechten „Aliquotierung der Pensionsanpassung“. Ein Teilerfolg, der allerdings nur für zwei Jahre befristet gilt.

## Wissen auffrischen

Wie sieht die Neuregelung im Detail aus? Wie genau funktioniert das Pensionskonto? Und wie ist das mit der gesetzlichen Anhebung des Eintrittsalters für Frauen ab 2024? Wissen ist das A und O für fakten-

basiertes Agieren. Auch und gerade für Betriebsrät:innen, um als starke Schulter für die betroffenen Beschäftigten fungieren zu können.

Dieses Seminar des VÖGB Ende Mai kommt da genau richtig. ÖGB Expertin Dinah Djalinos-Glatz informiert darüber, wie das Pensionskonto funktioniert, wie die aktuelle Rechtslage ist und beantwortet eure Fragen zum Thema.



Illu.: Julia Stern

**Die allgemein angespannte Lage** spitzt sich momentan für viele Beschäftigte und baldige Rentner:innen zu.



## Seminartipp

### Das Pensionskonto und Aktuelles von den Pensionen

Wichtige Eckpunkte des Seminars:

- Das Pensionskonto
- Angleichung des Frauenpensionsalters
- Aliquotierung der Pensionsanpassung
- Neuerungen im Pensionsrecht

## Info und Anmeldung:

30. Mai 2023, 09.00–12.00 Uhr  
Bildungszentrum der AK Wien  
(BIZ), 1040 Wien

➔ [tinyurl.com/Pensionskonto](https://tinyurl.com/Pensionskonto)



# AUF AUGENHÖHE REDEN

Wie gut funktioniert die Zusammenarbeit zwischen Jugendvertrauensrat und Betriebsrat? Wie könnten Lehrlinge und Jugendliche noch mehr gestärkt werden? Wir haben uns diesmal unter Jugendvertrauensrät:innen umgehört.

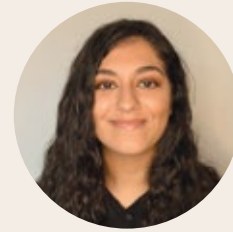
Von Heike Hausensteiner und Theresa Goisauf



„Die Zusammenarbeit funktioniert bei uns sehr gut. Wenn wir Fragen haben, ist der Betriebsrat für uns erreichbar und hilft uns, soweit er kann. Generell wird heutzutage leider noch immer oft über uns hinweggesehen, oder man wird nicht ernst genommen.“

**Pascal Boden**

ÖBB  
Foto: privat



„Bei uns läuft das super, der Betriebsrat war von Anfang an für uns da. Wir sind bei jeder Sitzung eingeladen, hatten letztes Jahr eine Weihnachtsfeier und bekommen auch immer die besten Infos – also wirklich top! Schade, dass es wahrscheinlich nicht überall so läuft.“

**Tugba Ünal**

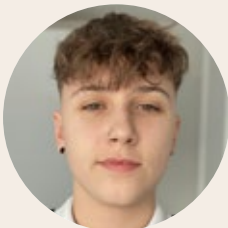
Wiener Netze  
Foto: privat



„Unser Betriebsratschef war früher Leiter der Lehrwerkstatt und ist immer noch sehr stark mit uns verbunden. Er unterstützt uns, redet mit unseren Ausbildnern – egal, ob du JVR bist oder nicht: Als Lehrling kannst du ihn jederzeit ansprechen.“

**Chiara-Alena Lintner**

Austrian Airlines  
Foto: AK



„Ich wurde als Jugendvertrauensrätin vor eineinhalb Jahren in den Betriebsrat geholt – für die jungen Beschäftigten, wie man mir sagte. Es wird auch immer gefragt, was die Jugend braucht. Wir haben einen Jugendausflug für die Lehrlinge einmal im Jahr eingeführt.“

**Tina Philippovitsch**

Neudörfler Büromöbel  
Foto: privat



„Wir sind stets in engem Austausch zu betrieblichen Themen und Problemen in der Ausbildung. Die Kultur des gegenseitigen Teilnehmens an den jeweiligen Gremien wird bei uns aktiv gelebt. Der Betriebsrat muss mit den Lehrlingen und Jugendlichen auf Augenhöhe kommunizieren und ihre Anliegen ernstnehmen.“

**Maximilian Felbermayer**

Siemens  
Foto: privat

# Kein X für ein U vormachen lassen

- Im „ABC des Unsozialen“ zerlegt AK Ökonom Adi Buxbaum neoliberale Frames. Und er diskutiert Alternativen, die ein gutes Leben für alle ermöglichen.

Interview: Heike Hausensteiner

**Aktuell: Warum hast du dieses Buch geschrieben?**

**Adi Buxbaum:** Als langjähriger Beobachter von Debatten zum Sozialstaat hatte ich schon länger den Anspruch, neoliberale Verschiebungen von Diskursen und Budgets kompakt aufzubereiten. Hält man sich die soziale Krise und die bestehenden Schieflagen vor Augen, könnte man zuspitzen: Die Sozial- und Wirtschaftspolitik haben die richtige Peilung verloren und greifen seit einiger Zeit die Fundamente des Sozialstaats an. Verpeilen kann ja passieren, aber stetig auf eine soziale Krise zuzugehen, das gilt es zu vermeiden und das Leben der Vielen besser und leichter zu machen.

**Aktuell: Zum Beispiel?**

**Adi Buxbaum:** Die Bundesregierung führt einen Familien-„Bonus“ ein. Klingt gut, aber der kommt speziell Besserverdienenden zugute – die strukturellen Defizite etwa bei den fehlenden Kinderbetreuungsplätzen bleiben hingegen bestehen. Auch die proklamierte „Patientenmilliarde“ war am Ende nur ein medial gehypter Anschlag auf die sozialen Rechte der Vielen. Für

mich ist augenscheinlich: Jeder Angriff auf die sozialen Rechte beginnt zuerst in Debatten und moralischen Grenzverschiebungen im Umgang mit den materiell Schwächsten in der Gesellschaft. Am Ende sollten dann Budgetkürzungen auch nicht überraschen. Viele harmlos wirkende Narrative führen am Ende zu Sozialabbau. Das möchte ich mit dem Buch auch aufzeigen.

**Aktuell: Welche Frames ärgern dich am meisten?**

**Adi Buxbaum:** Es sind viele, vor allem, dass mit viel Zynismus das Arbeits- und Sozialrecht beschnitten wird. Diese Kältherzigkeit ist unerträglich. Wir sehen die Folgen tagtäglich in der AK in Beratungen: Tausende Schicksale sind von Einschnitten oder Unterversorgung im Sozialstaat betroffen. Das Bitterste ist die Ungleichheit in der Gesellschaft, das beschreibe ich ausführlich in meinem Buch. Die Debatte zu den Schieflagen sollte daher prägnanter geführt werden. Sonst sind die Beharrungskräfte für den ungerechten Status quo wohl ausgeprägter.

**Aktuell: Wirtschafts- und Arbeitsminister Martin Kocher hat über Kürzungen von Sozialleistungen bei Teilzeit-Beschäftigten laut nachgedacht.**

**Adi Buxbaum:** Gerade beim Verhaltensökonom Kocher war das ja kein Zufall. Wer ein neoliberales Weltbild hat und absurde „Anreiz“-Debatten führt, die vermeintlich unaufgeregt auf Leistungskürzungen von Arbeitsuchenden und Familien abzielen, strebt nicht nach einem besseren Sozialstaat.

**Aktuell: Gäbe es ein Schattenkabinett, welche Pflöcke müsste stattdessen der oder die Ressort-Verantwortliche einschlagen?**



Adi Buxbaum

**ABC des Unsozialen – Was sie sagen, was sie meinen**

ÖGB-Verlag 2023

164 Seiten

ISBN 978-3-99046-650-6

24,90 Euro

➔ [tinyurl.com/AdiBuxbaum](https://tinyurl.com/AdiBuxbaum)



Foto: Markus Zahradnik

**Adi Buxbaum:** Die Zukunft von Wirtschaft und Gesellschaft ist sehr wohl positiv gestaltbar. Gerade die Sozialpolitik sehe ich immer als Teil der Lösung. Das „Tina-Prinzip“, also „There is no alternative“, das ich im Buch zerlege, ist somit ein Killerargument. Ich bin im „ABC des Unsozialen“ keiner politischen Partei gegenüber nachsichtig und ich richte meine Kritik vorrangig an die politische Gegenwart, aber auch an die Vergangenheit.

**Aktuell: Was müsste konkret getan werden?**

**Adi Buxbaum:** Wir haben seit Jahren keinen umfassenden „Sozialbericht“ für Österreich. Nicht hinzuschauen löst keine sozialen Probleme! Wir brauchen wieder ein gutes Datenfundament und eine Politik, die den Anspruch hat, das Leben der Menschen zu verbessern. Mit einer guten sozialen Absicherung öffnen wir für mehr Menschen Gelegenheitsfenster, speziell in der Bildung, Kinderbetreuung und Pflege. Auf die Ellbogen in der Gesellschaft können wir dabei gerne verzichten.

„Die Sozial- und Wirtschaftspolitik haben die richtige Peilung verloren und greifen seit einiger Zeit die Fundamente des Sozialstaats an.“

---

**Adi Buxbaum** ist Ökonom in der AK Wien.

**Aktuell: Wie sieht das mit der Finanzierbarkeit aus?**

**Adi Buxbaum:** Interessant ist, was manche aus Statistiken ableiten und dass argumentiert wird, die Sozialausgaben wären so stark gestiegen. In absoluten Zahlen sind sie gestiegen, ebenso wie die Preise gestiegen sind. Aber im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung hatten wir in Österreich über ein Vierteljahrhundert eine stabile Sozialquote von 27 bis 30 Prozent. Nach dem Höchststand 2020 aufgrund der Pandemie ist auch der Ausblick wieder stabil. □



# Üble Taten geschützt melden

- Endlich regelt auch Österreich den Schutz von Beschäftigten, die Hinweise auf Gesetzesverstöße geben. Was das konkret bedeutet, erklärt uns AK Experte Walter Gagawczuk.

Von Heike Hausensteiner

**AKtuell:** Fast die Hälfte der Betrugsfälle decken Mitarbeitende des eigenen Unternehmens auf. Warum ist ein Gesetz zum Schutz von Whistleblower:innen notwendig?

**Walter Gagawczuk:** Es räumt die Möglichkeit ein, dass Schwachstellen intern aufgedeckt werden. Das ist also auch im Interesse der Unternehmen, damit nicht gleich extern an die Behörden oder die Medien berichtet wird. Wirtschaftskriminalität kann ja in jedem Unternehmen vorkommen.

Die Gefahr, dass es durch das neue Gesetz zu Denunzierungen kommt, ist gering – das zeigen die Erfahrungen in den USA und im österreichischen Bankenwesen, wo bereits Schutz-Bestimmungen für Personen existieren, die rechtliche Verstöße melden.

**AKtuell:** Was stört Kritiker wie die Arbeiterkammer am österreichischen HinweisgeberInnenschutzgesetz?

**Walter Gagawczuk:** Dass es so spät kommt, dass es unzureichend und europarechts- und verfassungswidrig ist. Nur bestimmte Sachbereiche wie das öffentliche Auftragswesen, Finanzdienstleistungen, Umweltschutz, Lebensmittelsicherheit, die öffentliche Gesundheit, Datenschutz, Korruption oder der Missbrauch von EU-Fördermitteln fallen in den Geltungsbereich.

Wer Lohndumping, Untreue, Urkundenfälschung, Betrug oder Steuerhinterziehung meldet, ist nicht durch das neue Gesetz geschützt. Zudem gilt das Gesetz für Unternehmen ab 50 Arbeitnehmer:innen oder mehr. Da es in Österreich viele Kleinunternehmen gibt, sind etwa 46 Prozent der Beschäftigten durch das Gesetz gar nicht geschützt.

**AKtuell:** Bedeutet dies, dass Arbeitnehmer:innen, die Vorfälle melden, die nicht unter das neue Gesetz fallen, gar nicht geschützt sind?

**Walter Gagawczuk:** Sie sind nicht völlig schutzlos. Vor dem Hintergrund des Grundrechts auf Meinungsfreiheit gab es schon bisher Entscheidungen, die einen gewissen Schutz bei Vergeltungsmaßnahmen (Kündigung, Entlassung) als Folge einer Meldung vorsehen. Für Hinweise, die nicht unter das neue Gesetz fallen, ist diese Rechtsprechung weiter von Bedeutung. Die Voraussetzungen für diesen Schutz sind teilweise strenger als nach dem neuen Gesetz. Insbesondere fordert die (bisherige) Rechtsprechung grundsätzlich eine vorhergehende interne Meldung bzw. eine „möglichst schonende Vorgehensweise“. Ausnahmsweise wird keine vorhergehende interne Meldung verlangt, wenn der oder die Arbeitnehmer:in objektiv gesehen vom Arbeitgeber bzw. der Arbeitgeberin nicht erwarten kann, dass das Verhalten abgestellt wird. Wann dies konkret ist, lässt sich auf Grund der bisherigen Judikatur oftmals nur erahnen. Das Risiko für Whistleblower:innen bei einer Meldung ist daher außerhalb des Anwendungsbereiches des HSchG wesentlich höher. □



Foto: Markus Zahradnik

„Das Gesetz ist unzureichend sowie europarechts- und verfassungswidrig.“

**Walter Gagawczuk**, Jurist in der Abteilung Sozialpolitik der AK Wien

## Das regelt das neue Gesetz genau



### Meldekanäle

Interne Meldestellen (Telefon-Hotline, Online-Plattform, Briefkasten etc.) sind verpflichtend für Unternehmen ab 250 Arbeitnehmer:innen und ab 17. Dezember 2023 ab einer Größe von 50 Arbeitnehmer:innen. Zusätzlich gibt es eine externe Meldestelle: das Bundesamt für Korruptionsprävention und Korruptionsbekämpfung im Innenministerium. Für die Meldekanäle gibt es hohe Anforderungen hinsichtlich Sicherheit, Vertraulichkeit und Unparteilichkeit.



### Schutzbestimmungen

Die Identität der Hinweisgeber:innen soll streng gewahrt werden. Sie sollen vor Repressalien durch den Arbeitgeber bzw. die Arbeitgeberin geschützt sein und können nicht wegen Verleumdung, Verletzung des Urheberrechts, Verletzung von Geheimhaltungspflichten und Ähnlichem haftbar gemacht werden. Wer Whistleblower:innen behindert, muss mit einer Verwaltungsstrafe rechnen. Diese kritisiert die Arbeiterkammer als zu gering und daher nicht abschreckend genug.



### Betriebsvereinbarung

Da die wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer:innen des Betriebes berührt werden, hat der Betriebsrat das Recht, über die Einrichtung und deren genaue Ausgestaltung informiert zu werden. Ob eine Betriebsvereinbarung über die Meldestelle abzuschließen ist, ist rechtlich umstritten und komplex. Sowohl Betriebsrät:innen als auch potenzielle Whistleblower:innen sollten sich im Bedarfsfall durch AK Expert:innen oder Vertreter:innen der zuständigen Gewerkschaft beraten lassen.

# Auf dem Prüfstand

■ Was halten die Arbeitnehmer:innen von der Institution Betriebsrat? Antworten darauf gibt eine IFES-Studie. Willi Mernyi, Leitender Sekretär des ÖGB für Organisation, sieht die Ergebnisse im Gespräch mit AKTuell als Motivation und Auftrag.

Interview: Martina Fassler

**AKTuell: Am 7. April feiert der ÖGB den Tag der betrieblichen Mitbestimmung. Manche Arbeitgeber bezeichnen den Betriebsrat als nicht zeitgemäß ...**

**Willi Mernyi:** Demokratie ist immer angesagt. Um auf den Eigentümer von „Joseph Brot“ zu kontern, der die Zeitgemäßheit eines Betriebsrats in einem Interview infrage gestellt hat: Er bäckt seine Brote nach alter Tradition und fährt gut damit. Auch die Mehrheit der Beschäftigten vertraut auf etwas, das alt, bewährt und gut ist: das Recht auf Mitbestimmung.

**AKTuell: Wie hoch ist die Unterstützung unter den Beschäftigten?**

**Willi Mernyi:** Selbst jene, die keinen Betriebsrat haben, sagen mit überwältigender Mehrheit, es ist wichtig, dass es eine betriebliche Interessenvertretung gibt. 84 Prozent der Beschäftigten in Österreich halten die Institution Betriebsrat für wichtig. In Betrieben mit Betriebsrat ist die Zustimmung noch höher.

**AKTuell: Was ist der Hauptgrund für diese Zustimmung?**

**Willi Mernyi:** Ein Betriebsrat kann mehr durchsetzen als eine Einzelperson. Wenn es im Betrieb Wickel gibt, finden noch mehr, ein Betriebsrat ist wichtig. Diese Ergebnisse decken sich mit meiner Erfahrung: Betriebsräte werden am häufigsten gegründet, wenn es im Unternehmen nicht so rund läuft.

**AKTuell: Weshalb haben vier von zehn Beschäftigten dann keinen Betriebsrat?**

**Willi Mernyi:** Knapp die Hälfte derer, die keinen Betriebsrat haben, meinen, der Betrieb sei zu klein dafür. Rund ein Viertel sagt, die Ge-

schäftsführung wolle keinen. Aber 43 Prozent derer, die keinen Betriebsrat haben, sagen, sie hätten gerne einen. Diese Beschäftigten wollen wir ermutigen. Und auch jene, die sagen, sie wissen nicht, wie man einen Betriebsrat gründet: Die müssen wir informieren und ermächtigen.

**AKTuell: Was sehen die Beschäftigten als Kernaufgaben des Betriebsrats?**

**Willi Mernyi:** IFES hat die Arbeitnehmer:innen in organisierten Betrieben befragt, welche Aktivitäten ihres Betriebsrats sie in den vergangenen drei Jahren wahrgenommen haben. Und hier waren die

## Studie: Wichtigkeit einer betrieblichen Interessenvertretung

Beschäftigte ohne BR



Beschäftigte mit BR



■ Sehr + eher wichtig ■ Eher + gar nicht wichtig  
Rest auf 100 %: „Weiß nicht“



Studie

### Betriebliche Mitbestimmung

IFES-Kurzbericht, befragt wurden 2.500 Arbeitnehmer:innen in Österreich im Zeitraum Juni bis September 2022.

➤ [tinyurl.com/ifes-Mitbestimmung](https://tinyurl.com/ifes-Mitbestimmung)



Top-3-Antworten folgende: Die Beschäftigten informieren, mit der Geschäftsführung verhandeln und als drittes mobilisieren.

**Aktuell: Die Teuerung macht den Beschäftigten zu schaffen. Corona hat zuvor die sozialen Kontakte stark beschränkt. Inwieweit hilft da ein Betriebsrat?**

**Willi Mernyi:** Viele Betriebsräte versuchen mit sozialen Aktivitäten gegenzusteuern. Sieben von zehn Beschäftigten mit Betriebsrat erwähnen Gutscheine und Ermäßigungen, vier von zehn verweisen auf soziale Unterstützungsleistungen für einzelne Beschäftigte. Eine große Mehrheit hat rückgemeldet, dass der Betriebsrat auch Ausflüge, Feste und Ähnliches organisiert. Diese sozialen Aktivitäten haben viele Führungskräfte vor Corona für nebensächlich gehalten – jetzt kommen sie darauf, wie wichtig es ist, dass es auch Zeit zum Plaudern gibt. Man geht verständnisvoller miteinander um, wenn man ein bisschen mehr voneinander weiß.

**Aktuell: Was sind die wichtigsten Bereiche, wo der Betriebsrat aktiv wird?**

**Willi Mernyi:** Am häufigsten nehmen die Beschäftigten den Einsatz des Betriebsrats für ihre Sicherheit wahr. An zweiter Stelle steht das Geld, Lohn- und Gehaltsfragen. Das dritte Thema ist die hohe Arbeitsbelastung, wo der Betriebsrat versucht, Verbesserungen zu erreichen. Spannend ist, dass das auch für Beschäftigte ohne Be-

„Ein Betriebsrat kann mehr durchsetzen als eine Einzelperson. Das wissen und schätzen die Beschäftigten.“

**Willi Mernyi**, Leitender Sekretär  
des ÖGB für Organisation

triebsrat die drei wichtigsten Punkte sind. Aber ohne Betriebsrat bleiben diese Themen weitaus häufiger unbesprochen.

**Aktuell: Gibt es einen Zusammenhang zwischen dem Vorhandensein eines Betriebsrats und der Qualität der Jobs?**

**Willi Mernyi:** Arbeitnehmer:innen mit Betriebsrat haben stabilere Beschäftigungsverhältnisse und sind seltener von prekären Arbeitsverhältnissen betroffen. Dort, wo es einen Betriebsrat gibt, sind zudem mehr Beschäftigte ÖGB-Mitglied und wissen besser über die Gewerkschaft und die AK Bescheid. Das sehe ich als Motivation und Arbeitsauftrag zugleich. Stärken wir die Beschäftigten, indem wir das Wissen über den Betriebsrat, über die AK und die Gewerkschaft verbreiten. Denn wer uns drei kennt, der baut auf uns – und kommt besser zu seinen Rechten. □

# Wenn die Firma insolvent ist

■ Wie soll der Betriebsrat bei Eröffnung eines Insolvenzverfahrens handeln?

Von Maximilian Walka



Foto: zorch - stock.adobe.com

**D**ie Rettungsmaßnahmen haben ihr Ziel verfehlt, über das Unternehmen wird ein Insolvenzverfahren eröffnet. In dieser Situation sollte der Betriebsrat raschest die Gewerkschaft und die AK kontaktieren. Denn hier gibt es Expert:innen, die den Betriebsrat ausführlich über die Folgen eines Insolvenzverfahrens informieren und ihn in dieser Krisensituation begleiten.

## Einen Überblick verschaffen

Die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens bedeutet noch nicht das Ende. Der Betriebsrat sollte so viel Informationen wie möglich von der Unternehmensführung einholen. Was ist geplant? Soll saniert werden? Soll das Unternehmen fortgeführt oder geschlossen werden? Wie viele Dienstnehmer:innen gibt es? Wer befindet sich in Karenz, wer auf Urlaub?

## Unterlagen zusammentragen

Wenn der Arbeitgeber insolvent ist und die Beschäftigten nicht mehr zahlen kann, zahlt der

Insolvenz-Entgelt-Fonds die offenen Ansprüche. Doch das passiert nicht von selbst. Die Ansprüche müssen berechnet und eingefordert werden. Der von AK und ÖGB geschaffene Insolvenzschutzverband für Arbeitnehmer:innen (ISA) erledigt das. Der ISA benötigt dafür die Kontaktdaten der Personalverrechnung und Personalabteilung, die Betriebsvereinbarungen und die Arbeitsverträge sowie Lohn- und Gehaltsabrechnungen. Der Betriebsrat kann wertvolle Hilfe leisten, damit der ISA rasch all diese Informationen erhält.

## Die Beschäftigten vertreten

Die AK ist nach Eröffnung eines Insolvenzverfahrens in ständigem Kontakt mit der Insolvenzverwaltung. Sie leitet die relevanten Infos an den Betriebsrat weiter, um eine koordinierte Vorgehensweise zu ermöglichen. Umgekehrt ist es hilfreich, wenn der Betriebsrat die Fragen der Beschäftigten bündelt, um sie mit AK und Gewerkschaft zu beantworten. Sinnvoll ist auch, eine Informationsveranstaltung für die Beschäftigten zu organisieren. Dort unterstützen Expert:innen von AK und Gewerkschaft den Betriebsrat beim Beantworten der rechtlichen Fragen. Es können auch gleich die Vertretungsunterlagen unterzeichnet werden, damit der ISA die Beschäftigten vertritt, sodass sie möglichst rasch zu ihrem Geld kommen.



## Hilfe bei der Insolvenz des Unternehmens

Du erreichst das ISA-Büro der AK Wien per E-Mail unter: isa@akwien.at



# DREI FRAGEN ZUM INSOLVENZVERFAHREN

## Wie soll sich der Betriebsrat verhalten?

Am Beginn einer Insolvenz sind die Betroffenen mit vielen Fragen konfrontiert. Es herrscht Verunsicherung, Falschinformationen machen die Runde. „Wir bekommen unser Geld nicht mehr“, sind die Beschäftigten alarmiert. Am besten kontaktiert der Betriebsrat in einem ersten Schritt Gewerkschaft und AK und holt so viele Informationen wie möglich von der Unternehmensführung ein. Anschließend wird gemeinsam ein „Fahrplan“ durch die Insolvenz für die betroffenen Arbeitnehmer:innen erstellt. Ein guter „Fahrplan“ führt zu einer schnellstmöglichen Auszahlung aller offenen Forderungen der Beschäftigten.

## Wer unterstützt noch?

Der ISA, das ist der Insolvenzschutzverband für Arbeitnehmer:innen von ÖGB und AK. Der ISA berät und vertritt die Beschäftigten, damit sie ihr Geld bekommen. Die Insolvenz stellt eine beunruhigende Situation dar, hat jedoch nicht zur Folge, dass die Beschäftigten ihre Ansprüche verlieren. Als Errungenschaft der Sozialpartner ist hier das Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetz zu erwähnen – es sichert weitestgehend die Ansprüche der Beschäftigten.

## Was hilft den Beschäftigten?

Betriebsräte haben in den meisten Fällen Einblick in bzw. Überblick über die finanzielle Situation des Unternehmens. Wenn daher ein Insolvenzantrag im Raum steht, ist Handlungsbedarf geboten. Je schneller Kontakt mit der Gewerkschaft und AK aufgenommen wird, umso eher kann eine Antragstellung und Auszahlung des Insolvenzentgelts erreicht werden. Durch das Sammeln der notwendigen Informationen und Unterlagen leistet der Betriebsrat einen wichtigen Beitrag zur Unterstützung der Beschäftigten. Eine gute Zusammenarbeit zwischen Betriebsrat, Gewerkschaft und AK führt zu einer raschen und korrekten Auszahlung der offenen Ansprüche. So hilft der Betriebsrat am wirksamsten mit, dass die Beschäftigten zu ihrem ausstehenden Geld kommen.



## zur Person

Maximilian Walka ist Jurist und arbeitet in der Abteilung Insolvenzschutz der AK Wien. Er berät und vertritt Arbeitnehmer:innen im Insolvenzverfahren und arbeitet dabei eng mit den Betriebsräten zusammen.

Dranbleiben



Viele Studierende stehen vor der Herausforderung, Studium und Beruf zu vereinbaren.

Foto: Markus Zahradnik

## Die FAKTory

# Nützliche Fakten für die Arbeitswelt

- Wie kann man Altes mit dem Neuen verbinden? Ein innovatives Zentrum für berufstätige Studierende entsteht.

Von Theresa Goisau

Die Fachbuchhandlung des ÖGB-Verlages wird zur „FAKTory“. Nachdem 2020 eine Schließung der ÖGB-Fachbuchhandlung im Raum stand, wartet der Standort nun mit einem neuen Konzept auf. „Innerhalb der Gewerkschaftsbewegung hat es viele Stimmen gegeben, die gesagt haben, überlegen wir uns, wie man das gute Alte mit dem guten Neuen verbindet“, erzählt Lisa Sinowatz, die das Projekt gemeinsam mit Buchhändler Manfred Arthaber leitet. Das neue Kooperationsprojekt der AK und des ÖGB-Verlages bildet einen zentralen Baustein im Dialog mit einer bisher für die Gewerkschaftsbewegung schwer erreichbaren, aber zahlenmäßig großen AK Mitgliedergruppe: die berufstätigen Studierenden. „Das ist ein Mosaiksteinchen, das der AK und den Gewerkschaften fehlt“, so die AK Expertin.

## Dialog, Politisierung und Vernetzung

Die zentral gelegene FAKTory befindet sich im unmittelbaren Umfeld der Universität Wien und versteht sich als Raum des Austausches für die rund 90.000 Studierenden und ca. 10.000 Mitarbeiter:innen der Universität. Ab April gibt es am Standort neben dem Buchhandel auch einen Contact Hub der AK Wien, wo arbeitsrechtliche Beratung für Studierende und Universitätsbeschäftigte und ein abwechslungsreiches Veranstaltungsprogramm geboten werden. Die FAKTory trägt als dialogischer Ort der Bildung und des Wissens dazu bei, die soziale Lage der Student:innen in Wien zu verbessern und ihr politisches Bewusstsein zu schärfen. „Wir wollen in Kontakt treten und die Leute mit der Gewerkschaftsidee vertraut machen“, sagt Sinowatz.

## Praktische Hilfe ist dringend gefragt

„In der FAKTory bekommt man mit, was die Probleme der Leute sind und wie sie Dinge einschätzen.“ Zwei Drittel der Studierenden arbeiten neben der Uni – fast immer unselbstständig, nicht selten in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Die Situation wird für viele Studierende immer schwieriger – die Gründe: verheerende Unterfinanzierung, zunehmend rigide Lehrpläne, hoher Leistungsdruck und nicht zuletzt die explodierenden Mieten und Energiekosten. Studierende stehen vor einer enormen Herausforderung, Studium und Beruf zu vereinbaren, wodurch der Beratungsbedarf stark angestiegen ist. Die FAKTory ist das erste Zentrum, das ein umfassendes Service für diese Zielgruppe bietet. „Die FAKTory spricht Menschen direkt am Bildungsstandort an, mit dem Ziel, sie für solidarisches Handeln zu gewinnen“, fasst Lisa Sinowatz zusammen.

## Was bietet die FAKTory Betriebsrät:innen?

„Die Buchhandlung bietet ein umfassendes Sortiment und ist nach wie vor das Herzstück des Hauses“, betont



„Die FAKTory trägt als dialogischer Ort der Bildung und des Wissens dazu bei, die soziale Lage der Student:innen in Wien zu verbessern.“

**Lisa Sinowatz** leitet den AK Hub in der FAKTory.

Sinowatz. Mit der Spezialisierung auf den Themenbereich „Arbeit und Soziales“ ist sie erste Anlaufstelle für die Betriebsratsarbeit. „Bildung ist die Grundlage für politische Betätigung. Die Leute sollen sich auf Basis von Fakten und Wissen ein eigenes Bild davon machen, was in unserer Welt gerecht ist und was nicht.“ Die FAKTory ist aber auch über gewerkschaftliche Bildungsangebote nutzbar. „Wenn man beispielsweise für Wienausflüge ein maßgeschneidertes Rahmenprogramm an einem zentralen Standort braucht, können sich Betriebsrät:innen gerne bei uns melden“, rät die Projektleiterin.

## Wozu es die FAKTory braucht

90 Prozent der arbeitenden Student:innen sind AK Mitglieder, viele wissen jedoch wenig bis nichts über die AK und ihre Leistungen. Der innovative Ort ermöglicht es, die AK auch unter den Jungen bekannt zu machen. Der Zielgruppe soll nähergebracht werden, dass sich die AK für ihre Anliegen und Wünsche einsetzt. „Die Generation Z soll sehen: Die AK tut was für mich. Ich bekomme hilfreiche Angebote im Zentrum.“



Foto: Markus Zahradnik

**Die Buchhandlung** ist spezialisiert auf „Arbeit und Soziales“.



### FAKTory

Literatur, Wissen und Beratung für Studierende

Universitätsstraße 9, 1010 Wien

Mo–Fr 09.00–18.00 Uhr

➔ [www.factory.at](http://www.factory.at)

# Gesundheitsberuferegister

■ Du bist Betriebsratsmitglied und arbeitest im Gesundheitsbereich? Dann informiere deine Kolleg:innen im Betrieb darüber, wie sie ihre Berufsberechtigung rechtzeitig verlängern können.

Von Matthias Falter

Seit 2018 gibt es in Österreich ein öffentliches Register für alle Personen, die in einem der elf betroffenen Gesundheitsberufe tätig sind. Mit dieser Registrierung haben sie die Berufsberechtigung sowie ihren Berufsausweis erhalten. Diese Berufsberechtigung ist befristet und auf fünf Jahre gültig. Hier die drei wichtigsten Punkte zur Verlängerung.

## 1. Wann endet die Berufsberechtigung und wann kann man verlängern?

Auf der Rückseite des Berufsausweises ist das Ende der Gültigkeit genau ersichtlich. Die Verlängerung ist frühestens drei Monate vor Ablauf des Gültigkeitsdatums möglich. Die Berufsangehörigen erhalten rechtzeitig eine Erinnerung von der Behörde – entweder per E-Mail oder per Post. Es ist daher wichtig, dass die Kontaktdaten immer aktuell sind.

## 2. Wie kann man verlängern?

Man kann online oder per Antragsformular verlängern. Beides erfolgt über die Website [gbr.gv.at/verlängerung](http://gbr.gv.at/verlängerung).



Foto: Lisi Specht



Personen, die eine Handysignatur oder die ID Austria besitzen, können sich im Gesundheitsberuferegister einloggen, die Daten korrigieren oder ergänzen und die Verlängerung abschließen. Wer lieber die Verlängerung mit Antrag durchführt, kann das

Das Ablaufdatum ist auf der Rückseite des Ausweises zu sehen.

entsprechende Formular auf der Website anfordern, ausfüllen und retournieren. Nach bestätigter Bearbeitung erscheint die Verlängerung im Register.

Der neue Berufsausweis wird per Post zugeschickt.

## 3. Welche Nachweise und Bestätigungen braucht man für die Verlängerung?

Bestimmte Änderungen müssen nachgewiesen werden: u. a. Namensänderung (Unterschriftsblatt), geänderte Staatsbürgerschaft, Änderungen bei Sonderausbildung/en oder Sozialbetreuungsberuf/en.



Infokarte  
**Gesundheitsberuferegister: Schritt für Schritt zur Verlängerung**

➔ [tinyurl.com/Infokarte](http://tinyurl.com/Infokarte)

# Das Problem mit „Expert:innen“

Menschen, die in einem Bereich viel wissen oder erfahren sind, gelten als Expert:innen. Bei gesellschaftspolitischen Fragen haben aber auch sie ihr eigenes Weltbild.

**W**er Teilzeit arbeitet, soll weniger Sozialhilfe bekommen. So lautete zumindest der Vorschlag von Arbeitsminister Martin Kocher vor einigen Wochen. Damit sollen mehr Menschen in Vollzeitjobs gebracht werden. Das meint der „Top-Experte“, schließlich war er Direktor im Institut für Höhere Studien. Der muss es wohl wissen, oder? Schützenhilfe bekommt Kocher von einer Expertin des neoliberalen Eco Austria Instituts. Sie unterstützt den Minister bei seinem Vorstoß und hat auch beim Thema Arbeitszeitverkürzung eine klare Meinung: Das schadet der Wirtschaft.



Von Oliver Piller

Wem nützt das Beschneiden der Sozialhilfe? Wer hat kein Interesse an kürzeren Normalarbeitszeiten? Wer stellt sich gegen einen Stopp der Mieterhöhungen? Sprechen wir es klar aus: Im Interessengegensatz zwischen Arbeit und Kapital nutzen diese Vorstöße eindeutig den Wirtschaftsbossen und Immobilienspekulanten. Die Frage „Wem nützt es wirklich?“ hilft uns dabei, einen scheinbar alternativlosen, neoliberalen Weg kritisch zu hinterfragen.

## Gesellschaftliches Ringen

Im Kampf darüber, wie wir das gesellschaftliche Leben organisieren wollen, nehmen Expert:innen eine Klassenposition ein – auch in den Gewerkschaften und der Arbeiterkammer. Erbschafts- und Vermögenssteuern, eine Mietpreisbremse oder Arbeitszeitverkürzung fordern unsere Expert:innen im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung, der Arbeiter:innen und Angestellten. Und sie benennen es auch. Es gilt fortschrittliche Alternativen zu entwickeln und nicht im krisengeschüttelten Jetzt weiterzuwurschteln.

## Objektiv – gibt's das überhaupt?

Gerade auch Wirtschafts- und Politik-Expert:innen haben ein Weltbild mit Annahmen und Meinungen. Sie argumentieren in diesem Sinne und beeinflussen öffentliche Debatten und Politik im Allgemeinen. Speziell konservative und liberale Expert:innen verschleiern ihre Absichten gerne hinter dem Deckmantel der Alternativlosigkeit und Objektivität. Lüften wir den Schleier!



**Experten und Expertinnen gibt es viele. Nicht immer sind sie ganz so objektiv.**

## Zeitarbeit

- Das Nachschlagewerk zum Kollektivvertrag für die Arbeitskräfteüberlassung.

2002 hat die Gewerkschaft einen Kollektivvertrag (KV) für die Leiharbeiter:innen erkämpft. Das Regelwerk ist in Europa einzigartig und zählt zu den bedeutenden Kollektivverträgen der PRO-GE. Der Skandal um die Firma Hygiene Austria zeigt, wie wichtig es ist, dass die Einhaltung auch kontrolliert wird; und das können nur Betriebsräte tun. Die aktualisierte Auflage des kommentierten Kollektivvertrags ist ein ideales Nachschlagewerk, um den Überblick über die geltenden Bestimmungen zu behalten.

**René Schindler: Arbeitskräfteüberlassungs-KV.** 5., neu bearbeitete Auflage, ÖGB-Verlag 2022, 478 Seiten, 42,00 Euro, ISBN: 978-3-99046-627-8.

**Wir verlosen drei Exemplare des Buches.** Schick uns ein E-Mail an [AKtueuell@akwien.at](mailto:AKtueuell@akwien.at) mit dem Betreff „Zeitarbeit“ und der Angabe deines Namens und der Postadresse. Die Gewinner:innen werden per E-Mail verständigt.  
Einsendeschluss: 31. Mai 2023.



**JETZT  
GEWINNEN!**

## 3 FRAGEN AN DEN AUTOR

Der ehemalige Bundessekretär der PRO-GE und Jurist René Schindler über das Buch.

**1 Wodurch erleichtert das Buch das Einlesen in den Kollektivvertrag?** Das Buch enthält zu jedem Abschnitt des KV leicht lesbare Überblicke über die wichtigsten Inhalte. Es bietet ferner Tipps und Hilfen für Praktiker:innen, insbesondere als Anhang Übersichten über alle Kern-Ansprüche in Listenform.

**2 Was ist neu gegenüber der vorherigen Auflage?** Vor allem die spannenden Regeln zur Kündigung: Durch die Zusammenrechnung aller Dienstzeiten beim selben Überlasser macht es gar keinen Sinn mehr, einer einvernehmlichen Auflösung zuzustimmen. Aber es ist auch viel neue Rechtsprechung dazugekommen.

**3 Wie hilft das Buch bei der Betriebsratsarbeit?** Betriebsräte, in deren Betrieben Leiharbeiter:innen (mit)arbeiten, sind oft deren erste Ansprechpartner. Sie können in jedem Einzelfall eine klare Auskunft geben. Und Überlasser-Betriebsräte müssen den KV ohnedies detailliert kennen.

## Cartoon

■ Philip Taucher



## Dranbleiben

# Aktuelles aus der Europäischen Union

- **Seminartipp:** Erfahre mehr darüber, was die EU mit dir zu tun hat.

Du hattest auf einer Flugreise schon einmal Verspätung und wurdest dafür entschädigt? Wusstest du, dass das die EU ermöglicht hat? Gegen US-Konzerne hat die EU wieder einmal mehrere hundert Millionen Euro an Strafzahlung verhängt? Die EU hat etwas beschlossen, das Österreich umsetzen muss? Warum? „Die EU“ ist schuld? Wer ist „die EU“?

In diesem Webinar erfährst du in aller Kürze, wie die wichtigsten Institutionen der Europäischen Union sowie das EU-Gesetzgebungsverfahren funktionieren, wie sich Österreichs Gewerkschaften sowie die Arbeiterkammer auch auf europäischer Ebene für die Interessen von Arbeitnehmer:innen vorwiegend in Brüssel stark machen und was die brandaktuellen sozialen und gewerkschaftlichen Themen sind.



Foto: babaroga – stock.adobe.com

### Die Ziele des Webinars:

- Die EU-Basics auffrischen
- Die Interessenvertretung der Arbeitnehmer:innen in Brüssel kennenlernen
- Über aktuelle sozialpolitische Themen auf europäischer Ebene Bescheid wissen

### Wann und wo:

Online-Seminar, 31. Mai 2023, 13.00–16.00 Uhr

Mehr Infos zu Teilnahmevoraussetzungen und Anmeldung:

➔ [www.voegb.at/EU-aktuell](http://www.voegb.at/EU-aktuell)

## Historie

# Österreichischer Zustrom in die USA

**Heute wandern mehr Menschen in unser Land ein, als es Menschen verlassen. Bis in die 1950er hingegen war Österreich ein Auswanderungsland.**

**Text: Florian Wenninger**

Eine erste Gruppe machte sich im 18. Jahrhundert auf nach Übersee: Der katholische Erzbischof von Salzburg ging 1731 scharf gegen Protestant:innen vor. 30.000 von ihnen flüchteten vor allem in deutsche Länder. Etwa 50 Salzburger Familien ließen sich in Ebenezer/Georgia nieder. Die meisten Auswanderer:innen konnten

nur mit Mühe lesen und schreiben und hatten noch nie Geld. Viele arbeiteten jahrelang in Hafenstädten, um die Überfahrt bezahlen zu können. Im 19. Jahrhundert verbesserten sich die Reisebedingungen.

Nach der Revolution 1848 gingen unterlegene Revolutionäre in die USA und engagierten sich als „fourty



Foto: AK Archiv

**Die Reisebedingungen** verbesserten sich im 19. Jahrhundert.

eighters“ im Sezessionskrieg. Sie hatten sich in Städten wie New York, Cincinnati oder Milwaukee niedergelassen. Später kamen arme Vorarlberger Bauern. Sie bevorzugten ländliche Gegenden. Ab 1867 durften

Habsburgs Untertan:innen auswandern. Österreichische Siedler:innen gab es in den Dakotas, in Nebraska oder Idaho, dann auch in Kalifornien oder Oregon. Bis 1910 verließen drei Millionen die Monarchie.



WIEN

AK.AT/DEINESTIMME

# #deineStimme macht dich stark

Die AK vertritt deine Rechte.

Österreichische Post AG  
MZ 02Z034663 M  
Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien  
Prinz-Eugen-Straße 20-22, 1040 Wien  
Retouren an Postfach 100, 1350 Wien